

ZUKUNFT HESSEN

EIN MAGAZIN DER SPD HESSEN
UND DER LANDTAGSFRAKTION

AUSGABE 4/15

www.spd-fraktion-hessen.de www.spd-hessen.de

REFUGEES
WELCOME

HESSEN. ZUSAMMENHALTEN.

WIE WIR DIE FLÜCHTLINGSSITUATION MEISTERN

HESSEN
SPD

LÄNDLICHER RAUM

**STADT UND LAND DÜRFEN NICHT
GEGENEINANDER AUSGESPIELT WERDEN**



**In legalen Spielhallen gelten strenge Regeln
zum Schutz der Spieler.**

automatenwirtschaft.de

**KEIN SPIEL
OHNE REGELN**

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung / Info-Tel.: 01801 372700
(3,9 Cent pro Minute aus dem deutschen Festnetz, höchstens 42 Cent pro Minute aus deutschen Mobilfunknetzen).

AUF EIN WORT



**LIEBE LESERINNEN,
LIEBE LESER,**

Zusammenhalten ist ein starkes Wort. Die hessische SPD hat es sich angesichts der aktuellen Situation auf die Fahnen geschrieben. „Hessen. Zusammenhalten.“ – das ist unser Leitmotiv in diesen turbulenten Zeiten, in denen zehntausende Menschen zu uns nach Hessen und hunderttausende nach Deutschland kommen, um hier eine sichere Heimat zu finden. Wir alle müssen zusammenhalten, um diese Situation zu meistern. Wer diese Zeiten für Populismus missbraucht, zündelt und aktiviert Fliehkräfte, die unsere Gesellschaft auseinanderreiben und nicht einen. Wer diese Zeiten für Populismus missbraucht, gefährdet unser aller sichere Heimat.

Zusammenhalt in der Gesellschaft ist aber kein neues Ziel der Sozialdemokratie – im Gegenteil, unsere Herzen brennen für eine soziale Gemeinschaft, in der jede und jeder einen Platz findet und keiner ausgegrenzt wird. Es sind hauptsächlich die Städte, Kreise und Gemeinden, die vor Ort dafür Sorge tragen, dass diese soziale Gemeinschaft besteht und erhalten wird. Die Aufgaben, die sie dabei zu bewältigen haben, sind groß und wachsen – gleichzeitig kürzt das Land seit Jahren immer weiter die kommunalen Gelder. Mit dieser rabiaten Sparpolitik gefährdet Schwarz-Grün den sozialen Frieden vor Ort.

Denn wenn die Kassen so knapp sind, dass die soziale Infrastruktur gefährdet wird, ist es mit dem

Zusammenhalt nicht mehr weit. Wenn einerseits gemeinschaftliche Angebote gestrichen werden müssen, um andererseits aus großer Not zu uns Kommende zu finanzieren, dann entsteht Nährboden für Neid – das Futter für plumpe Populisten. Es darf niemand gegeneinander ausgespielt werden!

Deshalb ist es Gebot der Stunde, die Kommunen auskömmlich auszustatten. Wir kämpfen dafür.

Herzlichst

Günter Rudolph, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion

INHALT

3 AUF EIN WORT

4 INHALT

6 **RUBRIK**
FAKTCHECK

8 **TITELTHEMA**
HESSEN. ZUSAMMENHALTEN.
Wir schaffen das, wenn niemand gegeneinander ausgespielt wird

11 **RUBRIK**
LUFT & LIEBE?
Wovon Menschen leben

12 **ZUSAMMENHALT IST WICHTIGER ALS KURZSICHTIGE SPARPOLITIK**
Wie das Land die Kommunen allein lässt



14 **WIR BRAUCHEN EINE RENAISSANCE DES SOZIALEN**
Wie wir die gesellschaftlichen Fliehkräfte der heutigen Zeit bewältigen können

15 **RUBRIK**
IN DEN KOCHTOPF GESCHAUT
Handan Özgüven

16 **SOZIALER ZUSAMMENHALT SICHERT UNTERNEHMENSERFOLG**
Wie der Aktienmarkt und die Entsolidarisierung von Berufsgruppen die Stimmung bedrohen

18 **DIE KRAFT DER KLEINEN ORTE**
Schwarz-grüne Landesregierung darf Stadt und Land nicht gegeneinander ausspielen



20 **RUBRIK**
ACHTUNG SCHWARZ-GRÜN!
Schluss mit den Sonntagsreden bei Gipfelchen und Konvents

22 **JEDER KANN ETWAS TUN**
Landkreistagspräsident Erich Pipa über die Herausforderungen der Flüchtlingssituation für die Kommunen

28 **UNTERSTÜTZER WILLKOMMEN**
Wie Sie ein Flüchtlingshelfer werden können

30 **RUBRIK ! AKTUELL**
NIEMANDEN GEGENEINANDER AUSGESPIELT
Die Botschaft des SPD-Landesparteitags in Kassel "Hessen. Zusammenhalten."

31 **PRAXISTAGE**
Polizist für zwölf Stunden

32 **RHEIN-MAIN BRAUCHT BEZAHLBAREN WOHNRAUM**
Analyse und Ausblick aus Perspektive des Mieterbunds

34 **RUBRIK**
NACHGEFRAGT
Drei Fragen von Elisabeth Neugebauer

36 **GEWINNSPIEL**

36 **IMPRESSUM**

FLÜCHTLINGSSITUATION IN ZAHLEN

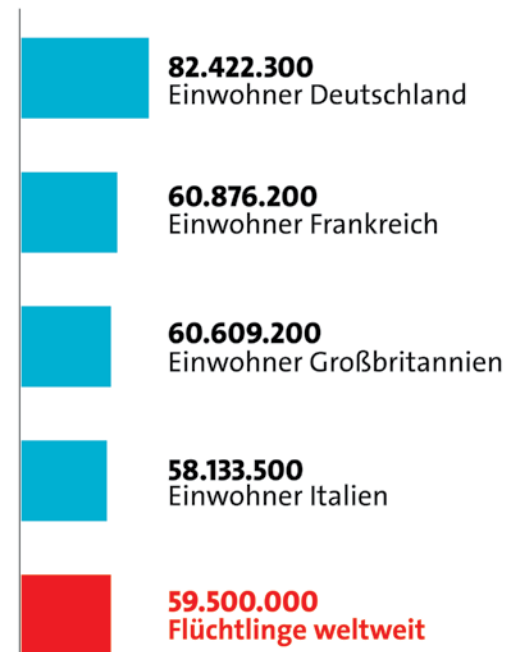
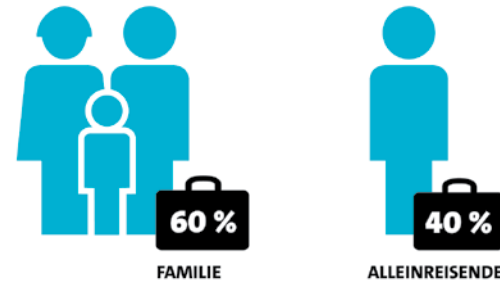
SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **KATJA APELT, AYSE AKDAG**

Leid kann man nicht in Zahlen ausdrücken. Viele Menschen, die heute aus dem Nahen Osten zu uns kommen, fliehen vor verheerenden und lebensgefährlichen Verhältnissen in ihrer Heimat, wo der IS seit Jahren Krieg gegen die Einheimischen führt, um Land zu erobern und Kulturschätze zerstört. Viele haben keine Heimat mehr, in die sie zurückkehren können. Deshalb geht ein großer Teil von ihnen als Familie auf die Flucht. Lesen Sie hier wieviele, warum Hessen ein Einwanderungsland ist und wieviel Zeit Gemeinden zur Vorbereitung auf ankommende Flüchtlinge haben.

60 PROZENT DER FLÜCHTLINGE KOMMEN ALS FAMILIE

Immer wieder wird das Bild gezeichnet, dass die Menschen, die zu uns kommen größtenteils Männer sind, die ihre Familien nachholen wollen. Die Zahlen belegen aber: 60 Prozent der Flüchtlinge kommen bereits als Familie zu uns. Das entlarvt die Debatte um den Familiennachzug als echte Scheindebatte.

Quelle: www.stuttgart.de



WELTWEIT SIND SO VIELE MENSCHEN AUF DER FLUCHT, WIE FRANKREICH EINWOHNER HAT

Weltweit sind 59,5 Millionen Menschen auf der Flucht, das entspricht der Einwohnerzahl von Großbritannien, Frankreich oder Italien. 1,8 Millionen von ihnen sind tatsächliche Asylsuchende, 19,5 Millionen als Flüchtlinge international unterwegs, 38,2 Millionen sind in ihrem eigenen Land vertrieben worden oder geflohen und haben keine Staatsgrenze überschritten.

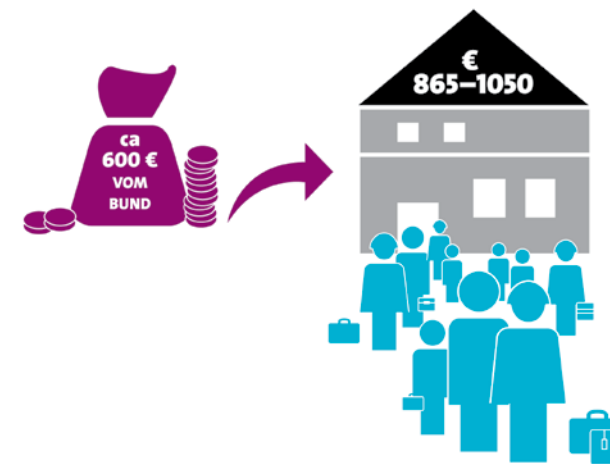
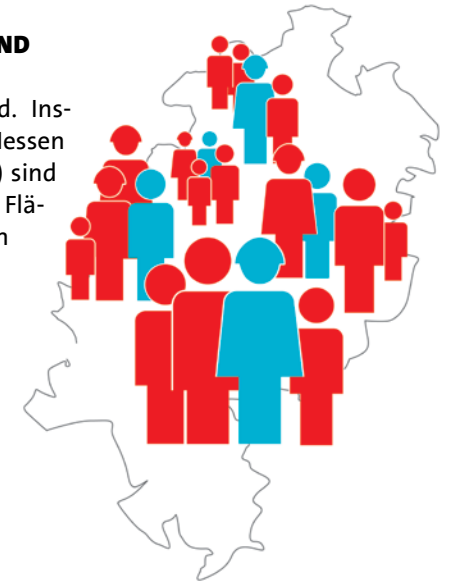
Quelle: UNHCR

FAKTENCHECK

JEDER VIERTE HESSE HAT EINEN MIGRATIONSHINTERGRUND

Gut jeder vierte Hesse hat einen Migrationshintergrund. Insgesamt 1,68 Millionen der 6,03 Millionen Menschen in Hessen und damit 27,8 Prozent (Bundesdurchschnitt 20,5 Prozent) sind selbst oder ihre Familie nach 1945 zugewandert. Unter den Flächenländern hatte Hessen nach Baden-Württemberg den zweithöchsten Anteil. Es gilt: Je jünger die Altersgruppe, desto höher ist der Migrantenanteil. Bei Kindern bis neun Jahre macht er fast die Hälfte aus (47,1 Prozent). Bei Personen im Rentenalter ist nur jeder Neunte (11,4 Prozent) zugewandert. Der Bevölkerungsteil mit Migrationshintergrund ist im Durchschnitt nur 34,6 Jahre alt, bei Menschen ohne Migrationshintergrund sind es 47,4 Jahre.

Quelle: Statistisches Landesamt Hessen



KOMMUNEN ERHALTEN GELD VON BUND UND LAND

Bis Ende 2015 war die Finanzierung der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung nicht kostendeckend. 670 Euro zahlte das Land im Schnitt – bei Kosten von rund 1000 Euro. 230 Euro mussten die ohnehin gebeutelten Kommunen an anderer Stelle sparen. Ab 1. Januar 2016 soll sich die Situation nun für die Kommunen entspannen und mehr Geld vom Bund, allerdings weniger vom Land fließen. Zwischen 865 Euro und 1050 Euro betragen ab dann die Pauschalen pro Flüchtling.

Quelle: Hessisches Finanzministerium



NUR 24 STUNDEN ZEIT ZUR VORBEREITUNG

Viele Kommunen in Hessen, die in den vergangenen Monaten Flüchtlinge zugewiesen bekommen haben, wurden gerade einmal 24 Stunden vor deren Ankunft davon in Kenntnis gesetzt. Kein Wunder also, dass manch ein Kommunalrat im ersten Moment auf Turnhallen zurückgreifen musste, bis andere Unterkünfte gefunden waren.



Themenschwerpunkt
FLÜCHTLINGE

HESSEN. ZUSAMMENHALTEN.

SPD-LANDESVERBAND – Text **THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL**

**Wir schaffen das,
wenn niemand gegeneinander
ausgespielt wird.**

Seit Monaten kommen viele Menschen zu uns, die vor Terror, Krieg und Not, letztlich aus Angst um ihr Leben, ihre Heimat verlassen. Das stellt das Land und die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Unser oberstes Ziel muss es dabei noch vor der Debatte der Detailfragen sein, das Land zusammenzuhalten. Wir schaffen das, wenn niemand gegeneinander ausgespielt wird. Wir haben es in den letzten 70 Jahren immer wieder mit großen Aufgaben zu tun gehabt und geschafft. Allein nach dem Zweiten Weltkrieg flohen eine Million Menschen allein nach Hessen, das zu dieser Zeit gera-

de mal vier Millionen Einwohner hatte. Wir haben das damals geschafft, wir können das auch heute schaffen! Dazu braucht es eine Kraftanstrengung bei Bildung, bei der Wohnungsversorgung oder bei der Integration auf dem Arbeitsmarkt. Die hessische SPD hat einen klaren Kompass. Wir schaffen diese Aufgabe, wenn wir gemeinsam handeln.

Mit anpacken, den Flüchtlingen das Ankommen erleichtern und Deutschland damit ein freundliches, ein hilfsberechtigtes Gesicht geben, das machen gerade die vielen ehrenamtlichen Helfer, ob im Sozialbereich, bei der Feuer-

Thorsten Schäfer-Gümbel:
„Die hessische SPD hat einen
klaren Kompass.“

wehr oder dem THW. Ohne deren tatkräftigen und unermüdlichen Einsatz wären wir aufgeschmissen. Viele von ihnen gehen an ihre Grenzen, Tag für Tag, Woche für Woche. Dafür gilt ihnen unser aufrichtiger Dank.

Sie sind ständige Erinnerung daran, dass wir solche epochalen Aufgaben nur gemeinsam bewältigen können. Wir bieten der schwarz-grünen Landesregierung hier unsere Kooperation an, damit es keinen Platz gibt, um einen Spalt in die Gesellschaft zu treiben.

Nicht übersehen dürfen wir aber, dass viele Probleme, die es jetzt zu lösen gilt, nicht neu sind. Seien es die zusätzlichen Investitionen in Bildung und Lehrerstellen, die wir seit Jahren fordern. Sei es die Ausbezahlung von Überstunden, die Personalaufstockungen und die zusätzliche Entlohnung von Diensten zu ungünstigen Zeiten bei der hessischen Polizei, die wir Sozialdemokraten immer wieder thematisiert hatten. Schon bevor sich die Flüchtlingssituation zuge-spitzt hat, schoben hessische Beamtinnen und Beamten drei Millionen Überstunden vor sich her. Sie halten jeden Tag ihre Knochen hin, um den Menschen Sicherheit zu gewährleisten. Das muss angemessen honoriert werden. Oder die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, beides ursozialdemokratische Forderungen. Hessen braucht bezahlbaren Wohnraum für alle. Wir werden in Hessen neue Stadtteile bauen. In den nächsten fünf Jahren brauchen wir 30 000 neue Wohnungen. Eine vorausschauende Politik hätte manche Notsituation, in der wir heute sind, verhindern können.

Deshalb müssen wir auch heute langfristig denken. Denn viele der Menschen, die heute Essen, Kleidung, ein Dach über dem Kopf und Sprachkurse brauchen, werden morgen in unsere Gesellschaft hineinwachsen. Sie werden Kindergartenplätze brauchen und Kapazitäten in Schulen, Wohnungen, soziale Angebote und Ausbildungsplätze und Arbeit, damit sie Teil unserer Gemeinschaft werden.

Arbeit hat dabei sicherlich langfristig eine Schlüsselstellung. Gute Arbeit ist der Kern sozialdemokratischen Denkens und Handelns. Fest verwurzelt in der Arbeiterbewegung ist die SPD die Partei der Arbeit. Arbeit stärkt Würde und Anerkennung – sei es am Arbeitsplatz oder im Ehrenamt. Arbeit schafft soziale Bindungen und ermöglicht ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben. Der Zugang zu Beschäftigung ist für uns daher eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Flüchtlingsintegration. Wir müssen alles dafür tun, dass Integration an der Werkbank, am Fließband und im Büro gelingen kann.

Sprachkurse ab dem ersten Tag, mehr Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher, die für die Situation qualifiziert werden, dauerhafte Aufenthaltstitel nach Ausbildungen, leichtere Anerkennung von Abschlüssen – die SPD weiß, was kurz- und mittelfristig zu tun ist. Gemeinsame Arbeit ist eine der einfachsten Verständigungsmöglichkeiten der Welt. Denn wer zusammen Brötchen backt oder Autos repariert, lernt sich kennen und schätzen. So wird Integration gelingen:

mit Teilhabe, Toleranz und Chancengleichheit.

Nicht nur die neuen Kolleginnen und Kollegen sind Gewinner, sondern wir alle! Die Aufnahme von Flüchtlingen ist eine Frage der Menschlichkeit, doch aus ökonomischer Sicht ist es auch ein wahres Investitionsprogramm. Ausgaben für Unterbringung und Verpflegung, mehr sozialer Wohnungsbau, bessere Ausstattung von Schulen – das alles wirkt wie eine Konjunkturspritze, die allen zugutekommt. Langfristig können wir den Fachkräftemangel und die demografische Entwicklung leichter meistern, die unser Wohlstandsmodell herausfordern. Die Hälfte der Flüchtlinge ist unter 25 Jahre alt. Deutschland braucht junge, gut ausgebildete Menschen – wir sollten diese Chance mit aller politischer Überzeugung und wirtschaftlicher Kraft nutzen.

Fluchtursachen können aber nicht national bekämpft werden, sie müssen europäisch und international gelöst werden. Perspektivlosigkeit zwingt viele Menschen in Europa und weltweit zur



Süße Kekse sind gut –
Bildung aber noch besser!

BILDNACHWEIS – FOTOLIA

Flucht. Wir brauchen neben einer umfassenden Friedensperspektive auch stärkere Investitionen in die wirtschaftliche Entwicklung sowie eine Assoziierungs- und Handelspolitik, die wirtschaftliche, soziale und humanitäre Ideale verfolgt. Wohlstand für alle darf nicht als nationales Ziel gelten – der Zusammenhalt muss auch europäisch und international erfolgen.

Leider gibt es auch ein anderes Gesicht in Deutschland. Die hässliche Fratze der Ausländerfeindlichkeit zeigt sich etwa bei Pegi-

da. Jeder mündige Bürger und jede mündige Bürgerin haben eine Verantwortung dafür, hinter wem sie herlaufen. Wenn die Kanzlerin in Nazi-Uniform, Politiker am Galgen oder aber das Ende von Konzentrationslagern bedauert wird, dann sind rote Linien überschritten. Dieser Hass gegen alles Fremde, der Anfang der 1990er-Jahre in den Flammen in Mölln und Rostock-Lichtenhagen endete, ist die größte Gefahr für Demokratie und Freiheit. Es muss gelten: keine Toleranz für braune Zonen.

Viele Menschen, die gerade zu uns kommen, suchen Freiheit und Sicherheit. Lasst uns die Integration aktiv gemeinsam gestalten und niemanden zurücklassen. Das stärkt uns alle!

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL IST LANDES- UND FRAKTIONS-VORSITZENDER DER HESSISCHEN SPD UND STELL-VERTRETENDER SPD-BUNDESVORSITZENDER.



Arbeit integriert –
Asylsuchende brauchen Jobs.

LUFT & LIEBE?

Wovon Menschen leben SPD-LANDTAGSFRAKTION

UKIYE TUNC TUYGAR (34)
UNTERNEHMERIN UND
GENERALBEVOLLMÄCHTIGTE BEIM
TRANSPORTUNTERNEHMEN
TUNC TRANS E.K.

Sie steuert die Geschicke von 150 Lkws und ihren Fahrern, schult ihre Mitarbeiter selbst, hält rund 30 Diploma aus der Speditionsbranche, hat bereits mehrere Bücher verfasst, ist verheiratet und Mutter von zwei Kindern und hat eine überzeugende Lebensphilosophie: Ab 50 sollte man genießen. Und damit sie das auch umsetzen kann, gibt Rukiye Tunc Tuygar, die türkischstämmig ist und in dritter Generation in Deutschland lebt, richtig Gas. Ehrgeiz zeichnet sie aus – und der Willen, anders zu sein als andere. „Ich habe mich damals für die Realschule und eine kaufmännische Ausbildung als Steuerfachgehilfin entschieden – ich wollte schon früh Unternehmerin werden.“ Daran hat sie hart gearbeitet, hat Weiterbildungen, IHK-Kurse und Praktika im In- und Ausland gemacht. Wenn es mal nicht nach oben weiterging, hat die gebürtige Hainburgerin auch

mal einen Schritt zurück gemacht, um dann mit dem nächsten gleich mehrere Stufen auf einmal zu nehmen. Heute leitet sie das Familienunternehmen Tunc Trans e.K., das ihre Eltern aufgebaut haben. Ihre Mutter ist ihr großes Vorbild.

Einnahmen-Ausgaben-Rechnung
Rukiye Tunc Tuygar: „Wenn ich heute 1000 Euro im Monat verdiene und B 10 000 oder C 100 000, dann gebe ich beispielsweise für eine Jacke 50 Euro aus, B dann 500 Euro



Rukiye Tunc Tuygar

oder C 5000 Euro. Die Struktur ist dieselbe und am Ende des Monats fangen wir alle wieder bei null an.“

Mögen Sie Ihren Beruf?

„Ich liebe meinen Beruf. Ich liebe Lkws, ich liebe Berufskraftfahrer, ich liebe die Spedition... Schon als Kind habe ich gerne zwischen den

Lkws gespielt. Während mein Bruder geweint hat, weil er mit auf eine Lkw-Fahrt musste, habe ich geweint, weil ich nicht mitdurfte. Ich glaube, man ist nur erfolgreich, wenn man einen Beruf mit Herz und Seele dabei ist. Wir haben uns aufgeteilt, wie meine Eltern. Ich organisiere das Büro – und bin auch gut im Delegieren. Mein Mann macht die komplette Dispo und Überwachung.“

Was ist Ihnen wichtig?

„Gesundheit – sie ist so wichtig. Und man kann sie sich nicht kaufen. Dann finde ich es wichtig, dass man sich selbst liebt, damit man Liebe geben kann, zuhören und Geduld – zu viele Missverständnisse entstehen, weil man nicht mit Geduld handelt und nicht richtig zuhört. Das gilt für das Private genauso wie für das Geschäftliche.“

Was würden Sie ändern?

„Wenn ich etwas ändern würde, dann würde ich etwas an mir ändern, damit ich noch besser bzw. noch spezialisierter bin. Ich würde daraus lernen, wenn ich was ändern sollte, Warum-wieso-weshalb-Prinzip! Man kann nie auslernen. Da gibt es kein „The End“. Alles ändert sich dauernd. Man muss auch erst einmal Dinge an sich selbst ändern, damit man auch die Arbeitswelt ändern kann oder verändert annehmen kann.“

BILDNACHWEIS – UKIYE TUNC TUYGAR

Hessens liebstes Grünzeug!

Alles Gute. Natürlich von



ZUSAMMENHALT IST WICHTIGER ALS KURZSICHTIGE SPARPOLITIK

Von der Aufnahme bis zur
Bewilligung des Asylantrags –
Amtswege kosten Geld.

BILDNACHWEIS – FOTOLIA / KLAUSEPPELE

Wie das Land die Kommunen allein lässt

SPD-LANDESVERBAND – Text **SUSANNE SELBERT**

Das Land Hessen zeichnet sich leider bereits seit vielen Jahren dadurch aus, dass es sich im Bereich der Sicherung des sozialen Friedens stark zurückhält. Bereits im Jahr 2005 hatte die damalige CDU-Landesregierung unter Roland Koch mit der sogenannten Operation „Sichere Zukunft“ im großen Umfang in die Substanz der sozialen Infrastruktur der Kommunen eingegriffen.

Dass sich bis heute an einer Strategie, den Kommunen die Kos-

ten für die soziale Infrastruktur weitgehend allein aufzuhalsen, wenig bis gar nichts geändert hat, verdeutlicht die Kritik des Bündnisses für soziale Gerechtigkeit in Hessen (das für einen Großteil der Sozialverbände spricht) zur aktuellen Koalitionsvereinbarung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Die Praxis der Regierungsarbeit der letzten beiden Jahre zeige, dass es nicht nur an den vom Bündnis vermissten sozialpolitischen Akzenten fehlt – es fehlt der politische Wille, sich für den Erhalt des sozialen Frie-

FAKTEN

WARUM DAS GELD NICHT AUSREICHT

Land und Kommunen haben sich zum 1. Januar auf höhere Pauschalen für Flüchtlinge geeinigt. Diese liegen zwischen 865 Euro etwa in den Regierungsbezirken Gießen und Kassel und 1050 Euro in Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden oder Offenbach. Damit sind nun erste Kosten einigermaßen gedeckt. Bislang bekamen die Kommunen gerade einmal 601 bis 725 Euro – das war vielerorts alles andere als kostendeckend. In der Regel waren es gerade mal 70 Prozent der Aufwendungen. Den Rest mussten die ohnehin sehr knappen Gemeinden drauflegen. Nicht einkalkuliert sind bisher die Langfristkosten – Integration, Wohnen, Arbeitsmarkt. Auch das muss mit bedacht werden, denn viele Menschen werden hierbleiben.

dens in Hessen einzusetzen. Die Einhaltung der „Schwarzen Null“ ist augenscheinlich wichtiger!

SCHWARZ-GRÜN MACHT ASOZIALE POLITIK AUF KOSTEN DER BÜRGER

Besonders deutlich wird dies aktuell am Thema der Kostenerstattung für die Aufwendungen für Flüchtlinge. Die hessischen Landkreise und kreisfreien Städte haben seit 2012, als die Zahl der Asylbewerber erstmals wieder nennenswert gestiegen ist, durch engagierte Integrationsarbeit und durch die Einbindung ehrenamtlichen Engagements vor Ort dafür Sorge getragen, dass auch hier der soziale Frieden erhalten bleibt und die große Solidarität der Bevölkerung nicht abnimmt. Diese Befriedungs- und Integra-

Bei der Integration von Flüchtlingen
gibt es viele Aufgaben zu bewältigen.



BILDNACHWEIS – FOTOLIA

tionsleistung wird vom Land Hessen nicht gewürdigt – sieht man mal von Sonntagsreden ab.

Noch viel schlimmer: Den Gebietskörperschaften werden die entstandenen Aufwendungen nicht ersetzt und gleichzeitig sorgt das Land durch seine Erlasslage dafür, dass das vom Land verursachte Defizit in den Haushalten der Landkreise und kreisfreien Städte im Laufe des Jahres durch Einsparungen an anderer Stelle abgebaut werden muss. Welcher Zynismus! Das ist die Botschaft von Schwarz-Grün: Seht zu, wie ihr den Bürgern verdeutlicht, dass wegen der nicht kostendeckenden Pauschalen des Landes für Flüchtlinge auf die Sanierung von Straßen oder Schulen verzichtet werden muss oder dass Fördermittel für Integration und ehrenamtliches Engagement vor Ort zurückgefahren werden müssen. Man muss es so deutlich sagen: Das ist asoziale Politik auf Kosten der Bürger, der Kommunen und der Flüchtlinge! Aber – die schwarze Null muss stehen!

GRÜNE ÜBERNEHMEN LIBERALE DENKFEHLER

Warum agiert eine Landesregierung so? Die hessische CDU scheint immer noch nach der Devise zu verfahren, dass Transferleistungen für sozial bedürftige Menschen keine Grundlage unseres Sozialstaats, sondern eher ein je nach Wirtschaftslage zu verteilender Gnadengabe sind. Bündnis 90/Die Grünen sehen sich als neue liberale Partei, die dann auch gern den Denkfehler der alten liberalen Partei übernimmt, dass der Markt schon alles von allein regelt.

Noch immer scheint der Gedanke vorzuherrschen, dass soziale Transferleistungen nichts anderes sind als „das Geld zum Fenster hinauszuerwerfen“. Diese Haltung verkennt vollkommen, dass unter diesem sprichwörtlichen Fenster Langzeitarbeitslose, finanzschwache Rentner, Menschen mit Beeinträchtigungen, Familien, Schüler und Flüchtlinge stehen, die diese Mittel dringend zur Teilhabe an unserer Gesellschaft benötigen. Transferleistungen, Aufwendungen in den Sozial- und Jugendhaushalten sind nachhaltige Investitionen in den sozialen Frieden. Wir können leider an vielen Stellen auf der Welt besichtigen, was passiert, wenn diese Investitionen ausbleiben oder zu gering ausfallen.

Das Centrum für soziale Investitionen und Innovationen an der Universität Heidelberg wird nicht müde, darauf hinzuweisen, dass es in Deutschland besonders an sozialen Investitionen in die Infrastruktur der Gesellschaft und des Zusammenlebens mangelt. Die hessische Landesregierung hat hier leider ein traditionelles sozialdemokratisches Motto übernommen: „Hessen vorn“ – ausgerechnet beim Sozialabbau.

DIE AUTORIN SUSANNE SELBERT



IST VIZE-LAND-
RÄTIN DES
LANDKREIS
KASSEL UND
KÜMMERT
SICH ALS
SOZIAL-DEZER-
NENTIN UM
AUFNAHME
UND INTE-
GRATION DER
FLÜCHTLINGE.

BILDNACHWEIS – AUTOR: PRIVAT

WIR BRAUCHEN EINE RENAISSANCE DES SOZIALEN

Wie wir die gesellschaftlichen
Fliehkräfte der heutigen Zeit
bewältigen können

Multikulti braucht Solidarität.

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **GERHARD MERZ**

Was hält eine Gesellschaft zusammen? Das ist eine an Aktualität schwer zu übertreffende Frage. Starke ökonomische, soziale, politische, kulturelle, auch religiösen Fliehkräfte, zunehmende soziale Ungleichheit – ausgedrückt durch wachsende Diskrepanzen bei den Einkommen und Vermögen, Kinder- und Altersarmut, anhaltende Bildungsgerechtigkeit, ungerechte Geschlechterverhältnisse – belasten die Beziehungen zwischen den Individuen und zwischen ganzen Gruppen. Die Fähigkeit zur Solidarität scheint zu schwinden, Spannungen nehmen zu. Die wachsende Zahl an Flüchtlingen verunsichert viele Menschen zusätzlich, radikalisiert viele, die glauben, in

den schärfer werdenden gesellschaftlichen Verteilungskämpfen schon jetzt auf der Verliererseite zu stehen und erst recht dann, wenn mit noch mehr Menschen geteilt werden muss. Die Folge ist ein aggressiver Wohlstandschauvinismus von oben und unten, der in zunehmendem Maße das Wertefundament unserer Gesellschaftsordnung angreift.

STAATSVERSAGEN IST, WENN DER STAAT DIE ANSPRÜCHE DER BÜRGER NICHT MEHR ERFÜLLEN KANN

Nichts ist also nötiger als eine Renaissance des Sozialen. Gerade angesichts der Entwicklung der internationalen Migrationsbewegungen darf diese nicht national

borniert sein. Die Konfliktlinie verläuft nicht zwischen In- und Ausländern, zwischen Einheimischen und Migranten. Sie verläuft auch nicht zwischen Kulturen oder gar Religionen, sie verläuft zwischen denen, die eine Politik der Spaltung betreiben oder davon profitieren, und denen, die auf gesellschaftliche Solidarität und aktives sozialstaatliches Handeln angewiesen sind. Staatsversagen ist nicht, wenn es bei der Aufnahme von Flüchtlingen mal für eine Weile drunter und drüber geht. Staatsversagen, das ist, wenn Staat und Gesellschaft nicht (mehr) in der Lage sind, jedem ihrer Bürgerinnen und Bürger eine anständige Wohnung, gute Bildung und Ausbildung, einen sicheren und erfüllenden Arbeitsplatz, optimale medizinische Versorgung und ein einigermaßen sorgenfreies Leben im Alter zu garantieren. Wer die berechtigten Ansprüche seiner Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen nicht mehr willens oder in der Lage ist, der darf sich über ein Auseinanderdriften der Gesellschaft nicht wundern. Und dem werden auch alle Appelle an die gemeinsamen Werte nichts mehr nutzen!

GERHARD MERZ IST SOZIALPOLITISCHER SPRECHER DER HESSISCHEN SPD-LANDTAGSFRAKTION UND SORGT SICH UM DEN ZUSAMMENHALT IN UNSERER GESELLSCHAFT.



BILDNACHWEIS – AUTOR: PRIVAT



IN DEN KOCHTOPF GESCHAUT

DIE LIEBLINGSREZEPTE
UNSERER ABGEORDNETEN

ZUTATEN FÜR 4 PERSONEN

- 1 Päckchen Teigblätter (dreieckige Yufka-Blätter aus dem türkischen Supermarkt, Päckchen beinhaltet ca. 24 Stück)
- 300 g geriebener Fetakäse (evt. mit etwas geriebenem Mozzarella gemischt)
- ½ Bund Petersilie
- Salz
- Pfeffer

Sigara böreği (Zigarren-Röllchen)

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **HANDAN ÖZGÜVEN**

Diese herzhaften Zigarren-Röllchen sind in meiner Familie als Knabberlei heiß begehrt. Die Röllchen serviere ich in der Regel als Vorspeise. Sie schmecken sowohl warm als auch kalt. Deshalb kann man Reste auch am nächsten Tag noch einmal genießen.

Die Zubereitungszeit ist mit 30 Minuten recht kalkulierbar, sodass man diese Röllchen gut auch als schnellen Snack zubereiten kann.

ZUBEREITUNG:

Erst wird die Petersilie fein gehackt und mit dem Käse vermischt. Dann werden Salz und Pfeffer hinzugegeben und alles damit abgeschmeckt. Um sie schön geschmeidig zu machen, werden dann die einzelnen Yufka-Blätter mit ein wenig Wasser bepinselt. Dann werden sie gefüllt. Dazu muss man ein ungefähr walnussgroßes Häufchen der Käse-Füllung auf dem breiten Ende des Yufka-Blatts ver-

teilen, die rechte und linke Seite des Blatts umschlagen und dann den Teig zur Spitze hin aufrollen. Die Spitze des Teigs nochmals mit Wasser oder etwas Eigelb zum Kleben bepinseln. Die Röllchen anschließend in der Pfanne frittieren, bis sie goldgelb sind.

Dann kann man sie auf einem Teller mit etwas Dekoration servieren.

Afiyet Olsun!



BILDNACHWEIS – HANDAN ÖZGÜVEN

SOZIALER ZUSAMMENHALT SICHERT UNTERNEHMENSERFOLG

Wie der Aktienmarkt und die Entsolidarisierung von Berufsgruppen die Stimmung bedrohen

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text **CLAUDIA AMIER**

Gibt es beim sozialen Zusammenhalt in Unternehmen andere Maßstäbe als im gesellschaftlichen Kontext? Nein, hier haben wir die gleichen Voraussetzungen!

Diese heißen auch hier:

- **Vertrauen**
in die Kolleginnen und Kollegen, die Vorgesetzten, die Unternehmensführung, die Interessenvertretungen, die Tarifvertragspartner
- **Gerechtigkeit**
bei der Entlohnung, Beurteilung und Bewertung
- **Solidarität & Hilfsbereitschaft**
in schwierigen Situationen
- **Anerkennung & Wertschätzung**

Wenn all diese Werte gegeben sind und gelebt werden, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zufrieden und das Unternehmen ist wirtschaftlich erfolgreich. Das ist nicht nur meine Überzeugung oder eine Hypothese, sondern Ergebnis zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen. Doch wie sieht es nun tatsächlich

aus mit unserem sozialen Zusammenhalt in Unternehmen? Viele Beschäftigte sind demotiviert und nicht wenige haben den Eindruck, dass früher alles besser war. Dies wird häufig belächelt, hat aber einen wahren Kern. Denn „früher“, beispielsweise vor dem Börsengang der Fraport AG, meinem Arbeitgeber, wurde der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens nicht daran gemessen, wie hoch der Aktienkurs und die Dividende für die Aktionäre ausfallen und ob die Bewertungen von Analysten günstig für das Unternehmen sind. Auch das Führen nach Zahlen, um dem Markt gerecht zu werden, stand nicht ausschließlich als Erfolgsfaktor im Mittelpunkt.

FÜHREN NACH ZAHLEN HAT FATALE FOLGEN

Die Auswirkungen des strikten Führens nach Zahlen hat innerhalb einer Unternehmensorganisation fatale Folgen: Die Bereiche konkurrieren untereinander,

HESSEN
SPD

POSITION SPD GEGEN LIBERALISIERUNG DER BODENVERKEHRSDIENSTE

Die hessische SPD-Landtagsfraktion setzt sich gegen die Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste an den Flughäfen, wovon auch der Flughafen Frankfurt massiv betroffen wäre, ein. Eine unkontrollierte Marktöffnung der Bodenverkehrsdienste zum Nachteil der Beschäftigten, der Qualität und der Sicherheit am Flughafen muss verhindert werden. Die Pläne der EU wurden 2014 nach massiven Interventionen erst einmal fallen gelassen.



BILDNACHWEIS – FRAPORT / REBSCHER



BILDNACHWEIS – FRAPORT / REBSCHER

weil sie nach Zahlen gemessen werden. Bereichsegoismen entstehen, die sich bis in die letzte Gliederung auswirken. Zusammenarbeit, Transparenz und Vertrauen bleiben hierbei auf der Strecke. Das große Ganze steht nicht im Fokus. Misstrauen macht sich breit.

Die Belegschaft bekommt das Führen nach Zahlen in den unterschiedlichsten Facetten zu spüren. Neben Produktivitätssteigerungen, beispielsweise durch flexiblere Arbeitszeiten, Personalreduzierungen und permanente Kosteneinsparungsprojekte, nehmen sie gleichzeitig die quartalsweisen Botschaften von positiven und rekordähnlichen Unternehmensergebnissen wahr, die an den Kapitalmarkt gesendet werden. Dass hier Ungerechtigkeit empfunden wird, muss nicht weiter erläutert werden. Der „schwarze Peter“ liegt natürlich nicht ausschließlich bei den Unternehmensführungen, sondern ist die Folge des Kapitalmarkts und der Politik, die diesen verantwortet und ohne Grenzen zulässt. So hat die Liberalisierungswut der EU-Kommission

Hier entlang – zu mehr Solidarität am Arbeitsplatz

und der konservativen Mehrheit des EU-Parlaments in vielen Branchen dazu geführt, dass sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten drastisch verschlechtert haben. Häfen und Schifffahrt sind hier betroffen und gebeutelt, im Bereich der Bodenverkehrsdienste an den meisten Deutschen Verkehrsflughäfen kam es aufgrund der Marktöffnung zu Privatisierungen aufgrund des Kostendrucks im Luftverkehr. Bei der Fraport AG musste aufgrund der europäischen Bodenverkehrsdienst-Richtlinie ein zusätzlicher Wettbewerber auf dem Vorfeld zugelassen werden, der zu günstigeren Konditionen die Abfertigung anbietet. Die Folge für den Flughafenbetreiber ist, dass die wirtschaftliche Situation dieses Geschäftsfelds bei Fraport immer mehr unter Druck gerät und die Forderungen der Kunden nach günstigeren Konditionen immer weiter zunimmt, mit den entsprechenden einschneidenden Folgen für die Kolleginnen und Kollegen. Auch dies wird natürlich nicht nur als ungerecht empfunden, sondern es ist auch ungerecht. Denn gerade diejenigen, die an der untersten Einkommensskala sind, tragen die Folgen mit Verschlechterungen bei ihren Arbeitsbedingungen. Hier wird Wertschätzung, Solidarität und Gerechtigkeit vermisst.

Hinzu kommt, dass die Einkommensschere immer weiter auseinandergeht, die Kluft zwischen arm und reich immer größer wird und mittlerweile auch der Mittelstand mit einer negativen Zukunftsperspektive konfrontiert ist. Dies spiegelt sich auch in der Einkommenssituation in Unternehmen wider.

MINDERHEITEN ERSTREIKEN TARIF- PLUS AUF KOSTEN DER ÜBRIGEN BELEGSCHAFT

Was mir große Sorgen bereitet, ist die Entsolidarisierung in Unternehmen durch einzelne Berufsgruppen, die ihre Schlüsselstellung missbrauchen, um ihre Eigeninteressen durchzusetzen. In der Fraport AG hatten wir in den letzten Jahren entsprechende Auseinandersetzungen, die zum Ergebnis führten, dass eine Minderheit enorme Tarifsteigerungen auf dem Rücken der übrigen Belegschaft erstreikt hat. Aktuell können wir die Auswirkungen solcher Abspaltungen im Tarifkonflikt bei Lufthansa hautnah erleben. Auch hier ist die Politik gefragt, denn es ist zu befürchten, dass sich diese Entwicklung weiter fortsetzt und die Belegschaften wie auch die Interessenvertretungen im Betrieb sich immer weiter zersplittern und die Individualisierung fortschreitet. Dies letztendlich zum Nachteil aller.

Wenn wir uns nicht alle darauf besinnen, den sozialen Zusammenhalt wieder in den Mittelpunkt unseres Tuns zu stellen, und zwar auf allen Ebenen, in der Politik und in den Unternehmen, wird das gemeinsame Ganze völlig aus dem Blick geraten, die anstehenden Herausforderungen weder gestaltet noch gemeistert.



CLAUDIA AMIER
IST BETRIEBSRATS-
VORSITZENDE DER
FRAPORT AG. SIE
HÄLT VERTRAUEN,
GERECHTIGKEIT,
SOLIDARITÄT, HILFS-
BEREITSCHAFT,
ANERKENNUNG
UND WERTSCHÄTZUNG FÜR WICHTIGE
WERTE, UM DEN ZUSAMMENHALT
ZU GARANTIEREN.

BILDNACHWEIS – PORTRÄT: PRIVAT

Hessen ist zu einem großen Teil ländlicher Raum, viele Menschen leben auf dem Land in Dörfern, kleinen Städten und Gemeinden. Hier ist ihre Heimat, hier fühlen sie sich verbunden, hier engagieren sie sich für das Gemeinwohl.

Aber so reizvoll das Leben auf dem Land auch ist, es gibt auch eine ganze Reihe von Herausforderungen, mit denen man sich im ländlichen Raum auseinandersetzen muss. Die Wege zum Arbeitsplatz, zu Einrichtungen und Angeboten sind länger. Neu dazugekommen sind zunehmend Leerstände in Ortslagen, das Schließen kleiner, naher Läden oder Praxen oder der Rückzug des ÖPNV. Mit persönlichem Engagement und ehrenamtlicher Arbeit sichern sich die Menschen ihre Lebensqualität vor Ort. Denn eine Stärke des ländlichen Raums ist der Zusammenhalt der Menschen. Er prägt die Kraft der kleinen Orte.

Aber dies allein reicht nicht aus. Vielmehr benötigen wir Rahmenbedingungen für Kommunen, in denen die anstehenden Aufgaben sinnvoll bewältigt werden können und in denen in gemeinsamer Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Akteuren neue und für den ländlichen Raum spezifische Lösungen ausprobiert werden können.

HESSEN IST BEIDES – METROPOLREGION UND LÄNDLICHER RAUM

Wir brauchen eine ambitionierte Politik für den ländlichen Raum und keine Landespolitik, die den Blick ausschließlich auf die Ballungsgebiete Hessens richtet – sicherlich, dort gibt es ebenfalls

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text GÜNTER RUDOLPH

DIE KRAFT DER KLEINEN ORTE

Schwarz-grüne Landesregierung darf Stadt und Land nicht gegeneinander ausspielen

viel zu tun. Die Bedarfslagen der ländlichen Regionen müssen gleichberechtigt wahrgenommen werden. Denn Hessen ist beides: Metropolraum und ländlicher Raum. Stadt und Land dürfen aber nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Ganz deutlich wird dies auch in einem aktuell die politische Diskussion bestimmenden Thema: die Zuwanderung von Flüchtlingen. Die Frage, wie viele Menschen auf welche Weise aufgenommen werden können, muss man in Großstadt, Kleinstadt oder Dorf lokal differenziert beantworten. Wir Sozialdemokraten haben mit dem früheren hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn ein großes Vorbild – er hat mit seinem Hessenplan gezeigt, wie gute Integration im ganzen Land funktionieren kann. An diese Tradition wollen wir anknüpfen.

Dazu müssen aber die Kommunen im ländlichen Raum erst einmal wieder finanziell angemessen ausgestattet werden. CDU



Im ländlichen Raum immer nah an der Natur

und Grüne gefährden mit ihrem unerbittlichen Sparkurs vor Ort den sozialen Frieden – auch in der Flüchtlingspolitik. Die Kommunen müssen ihre Aufgaben im Rahmen der Daseinsvorsorge angemessen erfüllen können. Dabei dürfen die Bürgerinnen und Bürger nicht mit zu hohen Gebühren belastet werden und die soziale Infrastruktur muss erhalten bleiben. Niemand darf gegeneinander ausgespielt werden, dies gilt auch gerade in der Flüchtlingspolitik.

ALTERSGERECHTES WOHNEN AUF DEM DORF IST ANDERS ALS IN DER STADT

Denn natürlich geht es auch darum, vor Ort die Attraktivität für

FAKTEN BEVÖLKERUNGSRÜCKGANG AUF DEM LAND

Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland ist besonders auf dem Land zu spüren. Laut einer Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung verlassen vor allem junge Menschen die ländlichen Regionen. Das führt zu einem Teufelskreis: Steuereinnahmen und Kaufkraft sinken, Schulen und Geschäfte schließen, Busse und Bahnen schränken ihre Dienste ein und die ärztliche Versorgung wird immer schwieriger. Die Attraktivität sinkt. Doch die Krise des Landes hat auch geografische Ursachen. Laut der gleichen Studie sind Ortschaften innerhalb eines Radius von rund 20 Fahrminuten um eine Großstadt demografisch stabil. Erst außerhalb greifen die Mechanismen.

alle Generationen zu erhalten. Die Dorfgemeinschaften werden insgesamt älter. Das liegt im Positiven an der steigenden Lebenserwartung. Gleichzeitig ziehen aber gerade auch die jüngeren Menschen aus den Dörfern, aus den ländlichen Regionen weg, Ausbildung und Arbeitsplätzen hinterher. Die Folge: In den Dörfern leben immer mehr ältere Menschen.

Mit dieser Entwicklung müssen wir politisch und praktisch umgehen und die Frage diskutieren: Wie wollen wir in unseren Dörfern 2030 gemeinsam leben?

Dazu braucht es neue Angebote für altersgerechtes Wohnen: etwa gemeinschaftliche Wohnformen, barrierefreies Wohnen und auch ein barrierefreies Wohnumfeld. Dabei dürfen aber Lösungen der Großstädte nicht einfach auf das Dorf übertragen werden. Schließlich sind es die Menschen hier gewohnt, im Eigenheim zu leben – eine Wohngemeinschaft klingt da doch eher exotisch. Dennoch gibt



Reisende soll man aufhalten!
Das Land muss auch für junge Menschen attraktiv sein.

es einen hohen Bedarf, im Alter nicht alleine zu wohnen. Diesem Widerspruch im ländlichen Raum muss begegnet werden. Auch die Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge, etwa der medizinisch-pflegerischen Versorgung, wird eine zentrale Rolle spielen.

WIE SEHEN DIE BÜRGERHÄUSER DER ZUKUNFT AUS?

Aber auch Fragen der Kommunikationsorte für Menschen von Jung bis Alt müssen gelöst werden. Es braucht Orte der intergenerativen Begegnung, aber auch zielgruppenspezifische Angebote für Jung bis Alt. Für die Landesebene bedeutet das übersetzt: Wie sehen denn die Bürgerhäuser der Zukunft aus? Gibt es etwa große Dorf-Gemeinschaftshäuser oder doch eher das kleine öffentliche Wohnzimmer, wo sich dann vielleicht zehn bis 15 Senioren zum Kaffee treffen?

Auch die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen müssen auf die Agenda: Wie können wir die länd-

lichen Räume gerade für sie attraktiv halten? Denn gerade die Jugend wandert ab, in der Regel um eine Ausbildung oder Studium in einem Ballungsraum zu beginnen oder weil dort ein Arbeitsplatz verfügbar ist. Deshalb ist es ein wichtiger Aspekt zur Stärkung der Bleibeorientierung, dass wir attraktive Ausbildungs-, Studiums- und Arbeitsplätze für Jugendliche in ländlichen Räumen anbieten.

Insgesamt heißt es also: den Gestaltungsauftrag Landleben ernst nehmen. Dabei glauben wir an die Kraft der kleinen Orte.

GÜNTER RUDOLPH IST PARLAMEN-
TARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
UND DISKUTIERT DERZEIT BEI DER

VERANSTALTUNGSSERIE
„DIE KRAFT DER KLEINEN ORTE“
MIT BÜRGERINNEN UND
BÜRGERN IN
HESSEN.



SCHLUSS MIT DEN SONNTAGSREDEN BEI GIPFELCHEN UND KONVENTS



BILDNACHWEIS – NANCY FAESER

Hessen braucht entschlossenes Handeln

SPD-LANDESVERBAND – Text **NANCY FAESER, MdL und Generalsekretärin der SPD Hessen**

Kennen weltweit handelnde Umweltaktivisten eigentlich Hessen?

Diese Frage habe ich mir anlässlich der Eröffnung des zweiten Weltklimagipfels in Paris gestellt. Dort nämlich war die ganze Stadt vor der Eröffnung von einem Tag auf den anderen mit gefälschten, gesellschaftskritischen Anzeigen übersät. Sie waren – ganz professionell – auf den käuflichen Werbetafeln von JCDecaux, wie sie auch bei uns an fast jeder Bushaltestelle stehen, zu sehen. Auf einer von

ihnen stand: „Autre conférence – meme blabla“, auf einer anderen „Other Conference – same bullshit“ – auf Deutsch: „Eine andere Konferenz, das gleiche Blabla“. Diese Anzeige hätte auch gut neben die Hessische Staatskanzlei gepasst. Dort veranstalten nämlich der Ministerpräsident und sein grüner Stellvertreter neuerdings alle Nase lang einen neuen Gipfel, einen Konvent oder wie man Konferenzen eben sonst noch so nennt. Und was man von den Teilnehmern hört, ist jede Runde ärgerlich nichtssagend. Das Prinzip scheint im Grunde

immer dasselbe: Eine möglichst große Gruppe an Vertretern von Institution samt Politik wird passend zum entsprechenden Thema eingeladen und spricht mit der Regierung und die Regierung zurück. Heraus kommt ein babylonisches Stimmengewirr, das gar kein Ergebnis bringen kann. Schlimmstenfalls werden noch einmal Untergruppen gebildet, in der die Teilnehmer aber wiederum auch nicht mehr zustande bringen als sich zu neutralisieren. Bereits der Bildungsgipfel des Kultusministers endete ja nach x Sitzungen im Sommer

2015 ohne nennenswerte Ergebnisse. Derzeit geht es um Asyl – das ist eigentlich viel zu wichtig, um zerredet zu werden. Dennoch – Entschlüsse und Impulse kommen eben nicht von diesem sogenannten Asylkonvent. Und auch beim Nachfolgetreffen des Hessischen Energiegipfels von 2011 gab es außer zufriedener Selbstbestätigung der schwarz-grünen Landesregierung und kumpelhaftem Schulterklopfen nichts vorzulegen: „Autre conférence – meme blabla“.

Nun gibt es im Sozialbereich doch so vieles, was wir gerne besprechen würden. Eine auskömmliche Ausstattung der Kommunen für eine funktionierende soziale Infrastruktur – zum Beispiel von generationenübergreifenden Treff-

punkten über Büchereien, Schwimmbäder bis hin zur auskömmlichen Finanzierung von Kita-Betreuung. Die Frage nach Geschlechtergerechtigkeit. Nach Frauenhäusern, die noch zu Kochs Zeiten in der „Operation Düstere Zukunft“ radikal gekürzt wurden. Oder nach den Plänen für mehr bezahlbaren Wohnraum in den Ballungsgebieten. Aber bitte, bitte, liebe CDU und liebe Grünen – bitte nicht bei einem Gipfel oder einem Konvent.

Wir Sozialdemokraten wollen nämlich keine schwarz-grünen Sonntagsreden, Gipfelchen und Konferenzen. Hessen braucht entschiedenes Handeln.

„Pas de conférence – pas de blabla“
– Keine Konferenzen – kein Blabla.



BILDNACHWEIS – BRANDALISM.ORG.UK

FÜR UNSERE GESUNDHEIT

MACHT **KRANKENPFLEGERIN LUNA** DIE NACHT ZUM TAG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/luna

IHRE PRIVATEN KRANKENVERSICHERER

„JEDER KANN ETWAS TUN, UM DEN MENSCHEN FÜR EINEN AUGENBLICK DIE SORGEN ZU NEHMEN“

Landkreistagspräsident Erich Pipa über die Herausforderungen der Flüchtlingssituation für die Kommunen

SPD-LANDESVERBAND

Was bedeutet in diesen Tagen für dich das Wort: „Zusammenhalten“?

Erich Pipa: Ich verwende es in diesen Tagen oft, wenn ich vom gesellschaftlichen Zusammenhalt spreche. Das bedeutet zum einen, dass wir zusammen Verantwortung übernehmen für schwache und notleidende Menschen, zum anderen dass wir eine klare Haltung zeigen gegen undemokratische und unsolidarische Strömungen. Vor Ort wie auch bundes- und europaweit.

Was waren deine ersten Gedanken, als klar wurde, dass eine drastisch wachsende Zahl an Menschen in Deutschland und Hessen Zuflucht suchen würde?

Pipa: Ich dachte mir: Wir müssen das schaffen und wir werden

das schaffen, auch wenn es nicht leicht wird. Ich habe Hinweise auf eine deutlich höhere Zahl an Asylbewerbern und Flüchtlingen schon vor geraumer Zeit erhalten und damals gleich die Experten aus meiner Verwaltung zusammengeholt. Ich habe klar gesagt: Lasst uns heute schon die nötigen Schritte in die Wege leiten, auch wenn von anderen Behörden noch niedrigere Flüchtlingszahlen prognostiziert werden.

Die Kommunen sind bei der Aufnahme von Flüchtlingen gerade quasi ausführendes Organ für Land und Bund. Was würdest du

dir als Gegenleistung wünschen?

Pipa: Also als Gegenstand von Verhandlungen auf anderen Feldern will ich das Thema Asyl nicht verwenden. Es handelt sich hier um eine besondere Situation, die eines besonderen Einsatzes aller politisch Verantwortlichen bedarf. Diese Leitlinie gilt für mich. Ich fordere aber auch Land und Bund auf, einen großen Teil der Kosten für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen nicht weiter durch die Hintertür auf die Kommunen abzuwälzen. Ich fordere nicht mehr als das, was gesetzlich klar geregelt ist: eine Kosten-erstattung, die die Kosten auch

Wir zeigen klare Haltung gegen undemokratische und unsolidarische Strömungen.

tatsächlich in voller Höhe deckt. Leider erleben wir vor Ort etwas anderes und hören mitunter sehr problematische Botschaften aus Wiesbaden. Nach dem Motto: Wenn ihr mehr ausbebt, dann seht zu, dass ihr das Geld im laufenden Haushalt irgendwie auftreibt – wohlgemerkt bei einer Aufgabe, bei der die fiskalische Zuständigkeit woanders liegt.

In der Debatte geht es ja im Augenblick vor allem um Geld, um die auskömmliche Finanzierung der Hilfe durch die Städte, Kreise und Gemeinden. Besteht hier nicht die Gefahr, dass eine Neid-Debatte entsteht – nach dem Motto: für Flüchtlinge gibt es Geld, aber nicht für den Jugendtreff und das Schwimmbad?

Pipa: Diese Gefahr besteht, na klar. Jeder Kommunalpolitiker sieht doch sofort die Gefahr, wenn das Land sagt: Spare das Geld woanders ein. Ja wo denn? Natürlich im Bereich Sport- und Kulturförderung, bei den freiwilligen Leistungen für die Bürger. Genau das ist aber der falsche Weg und beschädigt das Ehrenamt.

Welche Kosten entstehen denn den Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen tatsächlich und wofür im Einzelnen?

Pipa: Das lässt sich nicht pauschal für jeden Kreis und jede Kommune gleichermaßen beantworten. Aber zunächst entstehen Kosten für die Miete und die Regelleistungen. Hinzu kommen Kosten für ärztliche Betreuung, Sozialarbeit und das Schaffen von neuem Wohnraum. Für viele

Landrat Erich Pipa nimmt kein Blatt vor den Mund.



BILDNACHWEIS – MAIN-KINZIG-KREIS

Der soziale Wohnungsbau muss neu belebt werden.

weitere Ausgaben erhalten wir im Moment keine Erstattung. Nicht einberechnet sind auch die steigenden Personalkosten innerhalb der Verwaltung, zum Beispiel im Ausländeramt. Man kann mal davon ausgehen, dass die Ausgaben in etwa doppelt so hoch liegen wie das, was den Kreisen und Kommunen bisher über eine Pauschale zugewiesen wird. Und dann sind die Integrationskosten noch lange nicht einkalkuliert.

Welches sind zurzeit die größten Probleme der Kommunen? In welchen Bereichen gibt es ernstzunehmende Defizite? Wie lässt sich das lösen?

Pipa: Drei Themen beschäftigen die Kommunen im Moment: die Suche nach Wohnraum, die Frage der langfristigen Integration und die Finanzierung dieser Aufgaben. Man kann diese Fragen nicht voneinander trennen. Aber die erste Frage scheint mir die drän-

ZUR PERSON ERICH PIPA

Erich Pipa ist seit Juni 2005 Landrat des Main-Kinzig-Kreises. Seit November 2013 hat er darüber hinaus das Amt des Präsidenten des Hessischen Landkreistages inne. Für seinen unermüdlichen Einsatz für die Kommunen wurde er jüngst mit dem Bundesverdienstorden ausgezeichnet. Seine jahrzehntelange Erfahrung in der Kommunalpolitik sind geprägt von Verlässlichkeit, hoher Sachkenntnis und Durchsetzungsfähigkeit. Wegen seines Engagements für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen bekam Pipa schriftliche Morddrohungen aus der rechten Szene. Mit seinen „Neuen Wegen in der Sozialpolitik“ gilt er als anerkannter Vorreiter einer modernen und aktiven Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Er ist darüber hinaus ein überzeugter Verfechter für den Einsatz erneuerbarer Energien, unter anderem aus Sonne, Wasser, Wind und Erdwärme.

Pipa wurde am 18. Juni 1948 in Fulda geboren. Er ist verheiratet, zweifacher Vater und Großvater und lebt mit der Familie in Gelnhausen-Meerholz.

gendste zu sein, denn die Unterbringung von Asylbewerbern und Flüchtlingen in Turnhallen und Bürgerhäusern sollte nur das allerletzte Mittel der Wahl sein. Wir brauchen die tatkräftige und faire Mitarbeit von Hauseigentümern, die Leerstände in ihrem Besitz nutzen, um Menschen unterzubringen. Parallel dazu muss der soziale Wohnungsbau neu belebt werden. Nicht nur Asylbewerber, auch sozial schwache Haushalte benötigen Wohnungen, die bezahlbar sind. Da bestand schon erheblicher Nachholbedarf, bevor die Flüchtlingszahlen so in die Höhe geschneit sind. Hier brau-

Lesen Sie weiter auf Seite 24 ►

chen wir Programme und Impulse vom Land oder vom Bund.

Was können Menschen vor Ort tun, um bei dieser riesigen Aufgabe zu unterstützen? Was könnte jemand mit einem Zeitkontingent von 5 Minuten, einer Stunde, einem Tag je Woche bewegen?

Pipa: Die vielen Runden Tische, die sich in den letzten Monaten und Jahren gegründet haben, sind für jede helfende Hand dankbar. Ob es die Begleitung zu einer Behörde ist, Deutschunterricht oder einfach mal eine kleine Runde Fußball mit Flüchtlingskindern: Jeder kann etwas tun, um für den Augenblick Abwechslung von den großen Sorgen und schlimmen Erinnerungen zu ermöglichen. Und viele tun das schon, wofür ich sehr, sehr dankbar bin.
Im Augenblick

Verfügbare Sozialarbeiter sind im Moment schwerlich zu bekommen.



Ohne sie ginge nichts mehr: Ehrenamtliche Helfer übernehmen bei der Flüchtlingsaufnahme zentrale Aufgaben.

sprechen die meisten Menschen genau darüber: den Augenblick. Was aber sind die langfristigen Aufgaben, auf die sich die Politik vorbereiten muss? Wird hier schon genug getan?

Pipa: Da muss ich gar nicht philosophieren. Ich rate, einfach mal das Gespräch mit einem syrischen oder eritreischen Flüchtling zu suchen. Was wollen sie? Sie wollen arbeiten. Sie wollen eine Perspektive haben, sich in Deutschland eine neue Zukunft aufzubauen. Sie wollen zumindest in Frieden leben und vielleicht, wenn in ihrer Heimat wieder Frieden eingekehrt ist, zurück. Fürs Erste wollen sie aber in Deutschland auf eigenen Beinen stehen. Das heißt, dass

wir ihnen den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern müssen und dass wir ihnen die nötigen Grundlagen verschaffen müssen, sprich: Deutschkurse. Hier kommen wir leider zu langsam voran.

Nach Gesetzeslage war es den Asylbewerbern bis zur Verabschiedung des Asyl-Beschleunigungsgesetzes im Oktober verwehrt, schnell an einem Integrationskurs teilzunehmen. Das hätte unter Umständen mehrere Monate dauern können. Wochen- oder monatelang hätten die Menschen also darauf warten müssen, einen Deutschkurs besuchen zu können. Was würde das mit uns und unserer Motivation machen, wenn wir in der Situation der Flüchtlinge wären?

Wie kann man den Arbeitsmarkt auf die vielen neuen Arbeitskräfte und die neuen Arbeitskräfte



Leere Turnhalle: bei der ersten Aufnahme von Flüchtlingen oft unersetzlich

Schluss mit Ankündigungen aus den praxisfernen Ministerien, wir Praktiker vor Ort brauchen Unterstützung.

auf den hiesigen Arbeitsmarkt vorbereiten?

Pipa: Neben den Sprachkursen brauchen wir niederschwellige Angebote, damit sich Asylbewerber in den Betrieben beweisen können. Wir müssen Kontakte ermöglichen, Praktika müssen möglich sein, meinetwegen in einem enggesteckten Rahmen wegen des Mindestlohns. Aber unsere Arbeitsmarktbestimmungen dürfen nicht dafür sorgen, dass wir Hunderttausende die Chance verwehren, eine Arbeit aufzunehmen. Nicht jeder wird mit seinem Schulabschluss für offene Fachkräftestellen geeignet sein. Aber wir dürfen sie deshalb nicht aufgeben. Daher brauchen wir auch über die Jobcenter Qualifizierungsprogramme, in Verbindung mit Deutschunterricht.

Gleiches gilt für den Wohnungsmarkt. Wie kann einer drohenden Verschärfung der Wohnungsknappheit und damit steigenden Preisen entgegengewirkt werden?

Pipa: Das geht nicht ohne Programm zum sozialen Wohnungsbau. Wir dürfen zwar nicht dieselben Fehler machen wie in den 1960er- und -70er-Jahren, als zu vorschnell und ohne Blick für die Umgebung riesige Hochhäuser gebaut wurden, die heute den Anblick einiger Orte stark beeinträchtigen. Aber es muss auch einen Weg geben, schnell und verlässlich Wohnraum zu schaffen, um einen ohnehin schon hohen Druck am Wohnungsmarkt etwas abzumildern. Hier brauchen wir die Architektenkammern, die Funktionalität, Anbaumöglichkeiten und städtebauliches Konzept miteinander in Einklang bringen. Wir müssen Baukonzepte finden, die auch noch in vielleicht anderthalb Jahren eine gute Lösung darstellen, um mit einer hohen Zahl an Neubürgern umzugehen. Ich bleibe aber dabei: Handlungsbedarf bestand schon vor diesen hohen Zahlen an neuen Flüchtlingen.

Welche Herausforderungen werden im Augenblick noch gar nicht richtig gesehen?

Pipa: Wir stoßen personell in den Verwaltungen an Grenzen. Aber was die kommunalen Verwaltungen angeht, sind die Aufgaben noch zu lösen, schließlich erhöhen wir ja auch unsere Stellen in den Fachbereichen gerade deutlich. Von einigen hohen Standards in der Betreuung von Flüchtlingen werden wir uns aber mittelfristig verabschieden müssen. Verfügbare Sozialarbeiter sind im Moment schwerlich zu bekommen. Da wird die hohe Nachfrage dafür sorgen, dass über Betreuungsschlüssel in den nächsten Monaten intensiver nachgedacht werden muss. Ich weiß: Das ist kein populäres Thema. Trotzdem gehört es diskutiert, weil sich die Neuaufnahme vieler Flüchtlinge fürs Erste so fortsetzen wird.

Die Versorgung der Flüchtlinge wird zurzeit zu einem großen Teil

von Ehrenamtlichen übernommen. Wie kann man diese Ehrenamtlichen weiter motivieren? Sie haben ja nun schon einige Monate harter Arbeit hinter sich.

Pipa: Ich versuche auf verschiedene Art deutlich zu machen, dass die Asylaufgabe nicht mit Einschränkungen für das Ehrenamt verbunden ist. Ich beweise auch das Gegenteil. Im Main-Kinzig-Kreis haben wir gerade ein einmaliges Förderprogramm aufgelegt, in dem Vereine mit ausgeprägter Nachwuchsarbeit Gelder beantragen können. Ohne größere Vorgaben und Einschränkungen unsererseits, Hauptsache es kommt bei den Kindern und Jugendlichen an. Nur so geht es, indem wir zeigen, dass man den Vereinen, Verbänden und ehrenamtlichen Initiativen nichts wegnimmt, gerade in einer Zeit, in der sie so wertvolle Arbeit für die Gesellschaft leisten.

Der Ministerpräsident lädt derzeit alle paar Wochen zu einem Flüchtlingskonvent ein. Werden dort Antworten gefunden?

Pipa: Wenn das so wäre, würde ich mit größerem Vergnügen dort hinfahren. Aber Spaß beiseite. Als Antwort lasse ich nicht mehr bloße Ankündigungen gelten. Ich will konkrete Ergebnisse vor Ort. Ich höre seit Monaten von mehr Personal, mehr Geld, mehr Programmen, mehr Bürokratieabbau. Was mich aber manchmal sprachlos macht, ist, was von diesen Ankündigungen am Ende übrigbleibt. Also: Schluss mit Ankündigungen aus den praxisfernen Ministerien, wir Praktiker vor Ort brauchen konkrete Unterstützung.

Lesen Sie weiter auf Seite 26 ►

KOMMENTAR RÜDIGER VEIT**ES DARF KEINEN NIEDRIGLOHNSEKTOR FÜR FLÜCHTLINGE GEBEN**

Aktuell erleben wir die größten Wanderungsbewegungen seit 1950. Unzählige Menschen sind auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Hunger. Diese Flüchtlinge kommen auch zu uns nach Deutschland. Immer noch getragen von einer Welle der Hilfsbereitschaft werden viele der Flüchtlinge für immer bei uns bleiben. Es ist Aufgabe der Politik, für eine geordnete Aufnahme zu sorgen und den Rahmen für die darauf folgende notwendige Integration zu schaffen. Menschen jedoch, die keine Bleibeperspektive bei uns haben, müssen unser Land wieder verlassen.

Um dem zu entsprechen, sind in dem bereits am 1.11.2015 in Kraft getretenen sogenannten Asylpaket I Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Drittstaaten eingestuft worden. Zur Beschleunigung ihrer Asylverfahren müssen diese Menschen bis zum Abschluss des Verfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben. Gleichzeitig haben wir eine legale Einwanderungsmöglichkeit zur Arbeitsaufnahme für Menschen aus den Westbalkanländern geschaffen. Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag nachweisen kann, soll diese Angebote unter bestimmten weiteren Voraussetzungen annehmen können. Diejenigen, die bei uns bleiben werden, wollen wir so schnell wie möglich integrieren. Integration gelingt über Schlüsselmomente: Sprache, Bildung, Arbeit und Familie. Deshalb haben wir die Integrationskurse für Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive geöffnet und die Mittel im Bundeshaushalt entsprechend erhöht. Zudem haben wir Integrationskurse und berufsbezogene Sprachkurse unter Einbeziehung der Bundesagentur für Arbeit miteinander vernetzt. Bereits im Herbst letzten Jahres haben wir durchsetzen können, dass Asylbewerber und Geduldete nach drei Monaten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten können. Um Flüchtlinge schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren, haben wir das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete, das bisher in den ersten vier Jahren ihres Aufenthalts in Deutschland bestand, gelockert. Gleichzeitig sagen wir jedoch deutlich, dass wir keinen Niedriglohnsektor für Flüchtlinge zulassen werden.

Eine große Herausforderung liegt darin, genügend Wohnraum für die Flüchtlinge bereitzustellen. Wir haben beschlossen, den sozialen Wohnungsbau, den wir in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt haben, wieder stärker zu fördern: Langfristig muss für alle Menschen in Deutschland bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen. Diesbezüglich sieht das Asylpaket I vor, dass die den Ländern vom Bund zugewiesenen Kompensationsmittel für den sozialen Wohnungsbau bis 2019 um 2 Milliarden Euro erhöht werden sollen. Damit wollen wir den Wohnungsneubau anreizen. Die Länder haben zugestimmt, diese Mittel zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau zu nutzen. Darüber hinaus wurde noch eine ganze Reihe von Erleichterungen im Bauplanungsrecht beschlossen. Zudem gibt es immer noch viele Leerstände außerhalb der Ballungszentren. Das alles hat meiner Ansicht nach Potenzial.

Unter den Geflüchteten sind viele Kinder. Diese brauchen in besonderer Weise unseren Schutz und Beistand. Und sie müssen früh integriert werden. Es ist uns gelungen dafür zu sorgen, dass die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes frei werdenden Gelder in die Kinderbetreuung fließen. Das wird allen Kindern helfen, nicht nur Flüchtlingskindern.

In Berlin verhandeln wir zurzeit über ein sogenanntes Asylpaket II, das auf dem Beschluss der Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD beruht. In diesem Paket soll unter anderem eine Verfahrensbeschleunigung für Asylbewerber mit geringen Anerkennungschancen geregelt werden. Außerdem sollen Abschiebungen erleichtert werden. Der Entwurf enthält bislang allerdings auch Regelungen, die wir so nicht hinnehmen können oder deren Ausgestaltung zu weitgehend oder unklar ist und die über die Vereinbarung der drei Parteivorsitzenden vom 5.11.15 hinausgehen sollen.



Sigmar Gabriel und Rüdiger Veit besuchen die Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtung in Gießen.



MACH'S MIT GENOSSEN

Ihr sucht eine Agentur? Wir sind eine. Network Media ist eine Tochter des Berliner vorwärts Verlages. Wir schreiben Texte, organisieren Veranstaltungen, machen Kampagnen – zum Beispiel die für die hessischen Kommunalwahlen.

Kurz: **Wir überzeugen Menschen.**

UNTERSTÜTZER WILLKOMMEN

Wie Sie ein Flüchtlingshelfer werden können

SPD-LANDESVERBAND

Die SPD Hessen hat für ihre Mitglieder und interessierte Bürgerinnen und Bürger positive Beispiele der Hilfe für Flüchtlinge und Asylsuchende zusammengestellt, um Anregungen zu geben, wie Menschen auch andernorts helfen können. „Die Motivation der Menschen,

Einige der aufgelisteten Projekte sind bereits preisgekrönt. Die Hessische SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) hat in diesem Jahr ihren Sonder-Kommunal-Löwen für besondere Verdienste, Konzeptideen und Aktionen Ehrenamtlicher bei der Flüchtlingshilfe verliehen.

schen zu sozialen Anlaufstellen wie der Lernwerkstatt der DGB Jugend oder Sportvereinen begleiten und mittlerweile regelmäßige Treffen organisieren.

Ansprechpartner sein

Auch Projekte von Einzelpersonen, wie das von Oliver Ulloth aus dem Landkreis Kassel, wurden geehrt. Er engagiert sich seit Gründung des „Unterstützerkreises Rosengarten“ unter der Trägerschaft der AWO Vellmar für die Flüchtlinge, die in der Gemeinschaftsunterkunft Rosengarten in Vellmar untergebracht sind. Er ist Ansprechpartner für die Neuankömmlinge, unterstützt bei Sprachbarrieren, gibt Anleitungen zur „Hilfe zur Selbsthilfe“ und sorgt nicht zuletzt auch für ein gemeinschaftliches Miteinander der unterschiedlichen Kulturen. Er organisiert Feste, Fußballspiele, Gesprächsrunden, „Handwerkertage“ und vieles mehr. Weitere Beispiele sind etwa die Petrusgemeinde Gießen, die ebenfalls auf umfassende Betreuung von Flüchtlingen setzt.

Sport und Flüchtlinge

Der Landessportbund Hessen macht mit dem Projekt „Sport und

DIE PREISTRÄGER

Für eine engagierte Flüchtlingsbeauftragte

Halima Gutale hat in Pfungstadt mit ihrer Aktion „Willkommen in Pfungstadt – Eine Stadt begrüßt ihr Neubürger“ fast die ganze Stadt für Aktionen für und mit Flüchtlingen auf die Beine gebracht. In vielen Kommunen gilt die Initiative als Vorbild.

Patenschaften für Flüchtlinge

Auch in der Gemeinde Diezhöhlthal im Lahn-Dill-Kreis haben Bürgerinnen und Bürger angepackt und Patenschaften aufgebaut.

Sprachunterricht geben

Ebenfalls mit gutem Beispiel voran gehen die Naturfreunde Frankfurt, die im Flüchtlingsheim Sprachunterricht geben, Men-

Erstaufnahme-
stelle

Eingang zum Labyrinth: Wohl dem, der einen Wegweisenden an seiner Seite weiß

Flüchtlingen zu helfen, ist nach wie vor groß. Allerdings wissen viele nicht, wie sie dies angehen sollen. Deshalb haben wir insgesamt 24 Praxisbeispiele aus hessischen Kommunen gesammelt, die wir weitergeben. Sie sind ausdrücklich zur Nachahmung gedacht“, sagte der hessische SPD-Fraktions- und Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel.



Integration am Esstisch: Viele Flüchtlinge haben Traumatisches erlebt. Gemeinsames Kochen kann sie auf andere Gedanken bringen.

Flüchtlinge“ von sich reden, das in drei Modell-Kommunen mithilfe eines Soforthilfeprogramms Zuschüsse für Sportkleidung, Sportgeräte, Übungsleiterhonorare und Hallennutzungsgebühren gewährt.

Fahrrad- und Brillenspenden organisieren

Die AWO Mühlthal macht Flüchtlinge mobil und lässt sie wieder scharf sehen. Sie sammeln Fahrradspenden und Brillenspenden.

Kochen mit Flüchtlingen

Das Evangelische Dekanat Rodgau setzt auf ein Miteinander am Herd und bei anschließendem Essen. Sie haben mit der Kochaktion „Kochen mit Flüchtlingen: An Topf und Pfanne Grenzen überwinden“ schon viele Menschen zusammengebracht.

WEITERE IDEEN

Selfie-Aktionen „Ein Herz für Flüchtlinge“ – einfach Selfie mit einem Flüchtling machen und in Social Media posten

Kostenloses Internet für Flüchtlinge – Freiwillige versorgen Flüchtlingsheime mit kostenlosem WLAN.

Radsport-Camp – Damit Flüchtlinge die deutschen Verkehrsregeln lernen und man sich besser kennenlernt, veranstaltet der Turnsportverein Weede mit ihnen ein Camp.

Gutscheine – Viele Geschäfte, Food- und Marktstände oder auch Kirmesbuden oder Weihnachtsmärkte verteilen Gut-

scheine an Flüchtlinge. Prädikat: Nachmachen!

Theaterprojekt – Das Ensemble der Schlossfestspiele Biedenkopf hat Flüchtlinge aus Syrien in ihrem Ensemble aufgenommen.

„Wir waren sehr positiv angetan davon, wie viele unterschiedliche und kreative Initiativen wir bei unserer Recherche gefunden haben. Jeder bietet etwas an, dass er kann und womit er oder sie Menschen zusammenbringen kann. Solche Initiativen brauchen wir, denn wir haben mit der derzeitigen Flüchtlingssituation eine große Aufgabe zu bewältigen. Aber gemeinsam können wir das schaffen“, so Thorsten Schäfer-Gümbel.

Infos unter www.spd-hessen.de.

„NIEMANDEN GEGENEINANDER AUSSPIELEN“

SPD-LANDESVERBAND – Fotos: Peter Jülich



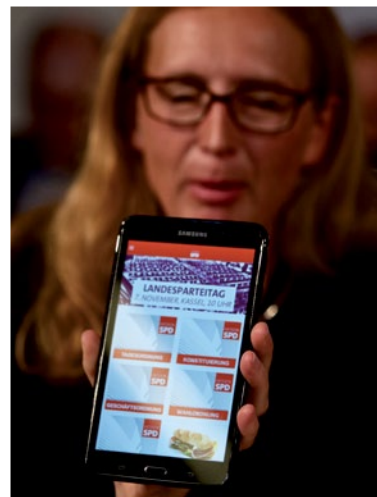
Der neue Schatzmeister Bertram Theilacker mit Generalsekretärin Nancy Faeser und Thorsten Schäfer-Gümbel ↓



↑ Selfie! TSG mit Staatsminister Michael Roth

DIE BOTSCHAFT DES SPD-LANDESPARTEITAGS: „HESSEN. ZUSAMMENHALTEN.“

Die aktuelle Flüchtlingspolitik, die finanzielle Situation der Kommunen, der Frankfurter Flughafen und die Herausforderungen der Digitalen Zukunft an Leben und Arbeitswelt – bei ihrem Landesparteitag am 7. November 2015 in Kassel debattierten die Delegierten der SPD die bewegenden Themen Hessens. Auf dem Programm stand auch die Wiederwahl des SPD-Landesvorstands.



Herzlichen Glückwunsch! Baunatal's Bürgermeister Manfred Schaub überreicht dem Hanauer Oberbürgermeister Claus Kaminsky einen Geburtstagsstrauß.

Abstimmen per Tablet – Gisela Stang zeigt, wie es geht.

Mit 91,36 Prozent der Delegiertenstimmen wurde Thorsten Schäfer-Gümbel als Landesvorsitzender wiedergewählt. Als Stellvertreter wurden Gisela Stang, Gernot Grumbach und Manfred Schaub bestätigt. Die Generalsekretärin Nancy Faeser wählten 84,68 Prozent der Delegierten. Der neue Schatzmeister Bertram Theilacker, der auf Bärbel Feltrini, die aus persönlichen Gründen nicht

mehr antrat, folgt, erzielte 94,32 Prozent. Als Beisitze wurden Dr. Udo Bullmann, Lisa Gnadl, Timon Gremmels, Dr. Melanie Haubrich, Mike Josef, Hidir Karademir, Christine Lambrecht, Bettina Müller, Michael Roth, Susanne Selbert Michael Siebel, Dr. Thomas Spies, Christel Sprössler und Torsten Warnecke gewählt.



Der alte und neue Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel bekommt Blumen zum guten Ergebnis.

PRAXISTAGE POLIZIST FÜR 12 STUNDEN SPD-LANDTAGSFRAKTION

Beim Praxistag Polizei waren SPD-Landtagsabgeordnete einen Tag mit hessischen Polizisten unterwegs. Dort erlebten sie mit, wie fordernd der Beruf des Polizisten ist – und wie knapp die Personalausstattung. Rund 3,5 Millionen Überstunden haben die Beamten auf ihren Konten stehen. Zeit für mehr Personal, bessere Arbeitsbedingungen und eine Besoldungsanpassung. Denn Schwarz-Grün hat den Beamtinnen und Beamten in Hessen im letzten Jahr eine Nullrunde verordnet. In diesem Jahr sei lediglich eine Besoldungserhöhung von einem Prozent vorgesehen. Die innenpolitische Sprecherin der hessischen SPD-Landtagsfraktion Nancy Faeser: „Eine Wertschätzung der Arbeit der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sieht anders aus. Hinzu kommt, dass die hessischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten mit 42 Stunden bundesweit die höchste Wochenarbeitszeit haben. Die schwarz-grüne Landesregierung muss endlich auf diese Zahlen reagieren und deutlich mehr Polizistinnen und Polizisten ausbilden.“



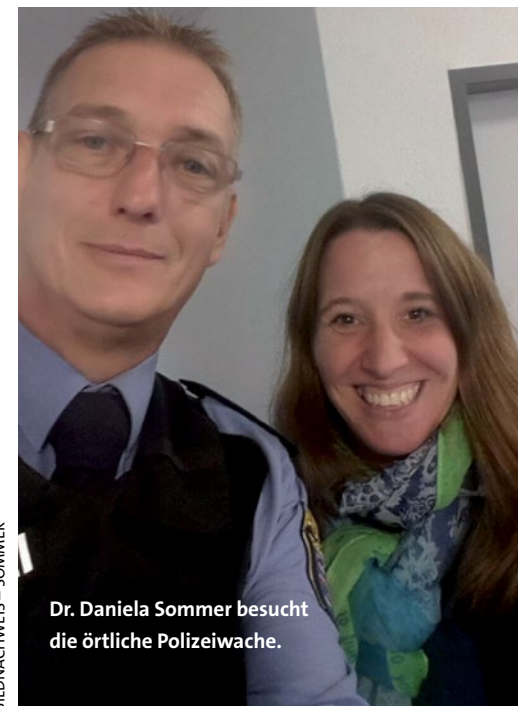
Einsatz in Kassel:
Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Timon Gremmels



Die Abgeordnete Kerstin Geis
auf Nachtschicht in Wiesbaden



So trägt sich
eine Sicherheitsweste –
Christoph Degen bei der
Polizei Südhessen.



Dr. Daniela Sommer besucht
die örtliche Polizeiwache.



Die Innenpolitikerin
Nancy Faeser auf Streife

RHEIN-MAIN BRAUCHT BEZAHLBAREN WOHNRAUM

Analyse und Ausblick aus Perspektive des Mieterbunds

SPD-LANDTAGSFRAKTION – Text EVA-MARIA WINCKELMANN



Endlich eine günstige Wohnung – aber renovierungsbedürftig

NEUBAU KONZENTRIERT SICH AUF TEURE EIGENTUMS-WOHNUNGEN

Die aktuellen Bautätigkeiten reichen nicht, die enorme Nachfrage im Rhein-Main-Gebiet zu befriedigen. Auch konzentriert sich der Neubau überwiegend auf teure Eigentumswohnungen und hochpreisige Mietwohnungen. Hier werden allein finanziell gut ausgestattete Mieter angesprochen. Daher muss der Fokus zukünftig auf den Neubau von preiswertem Wohnraum gerichtet werden. Dies ist nicht nur wichtig für die Bezieher niedriger Einkommen, sondern auch für den „ganz normalen“ Mittelstand.

Gemäß den Zahlen des Gutachterausschusses für Immobilienwerte zahlten Käufer 2014 fast 4000 Euro pro Quadratmeter für eine neue Wohnung in Frankfurt. Selbst städtische Wohnungsbau-gesellschaften bauen Wohnungen, die zu einem Preis von 13 bis 14 Euro pro Quadratmeter vermietet werden. Für eine 80 Quadratmeter große Wohnung kommt es somit zu Kaltmieten von rund 1100 Euro monatlich. Rechnet man noch die üblichen Betriebskosten hinzu, ist man schnell bei 1300 bis 1400 Euro. Dies kann sich ein Großteil der Mieter nicht mehr leisten. Alleine in Frankfurt verfügt die Hälf-

genanntem bezahlbarem Wohnraum das Angebot deutlich. Von diesem bezahlbaren Wohnraum kann nur gesprochen werden, wenn die Miete nicht mehr als 30 Prozent des Einkommens beträgt.

Die Situation wird sich durch Zuwanderungen in den nächsten Jahren voraussichtlich weiter zuspitzen. Ende 2013 haben allein in Frankfurt schon 25 000 Wohnungen gefehlt. Mit einem Zuzug nach Frankfurt von derzeit jährlich rund 15 000 Menschen, Tendenz steigend, werden pro Jahr zusätzliche 7500 Wohnungen notwendig werden. Demgegenüber stehen nur ca. 3500 fertiggestellte Wohnungen (mit Studentenwohnheimen und ähnlichem: 4500) in 2014.

Für alle Mieter ist die Mietwohnung der Mittelpunkt der Existenz. Die Wohnung ist nicht nur Heimat, sie ist notwendig für Aufbau und Erhalt von Nachbarschaft und Freundschaften, als Ort der Erholung sogar wichtige Voraussetzung zur Ausübung des Berufs. Die Wohnung bildet daher die Voraussetzung für eine selbstbestimmte und würdevolle Lebensgestaltung und untersteht somit dem Grundrecht aus Artikel 1 des Grundgesetzes.

Bedauerlicherweise befindet sich im Ballungsgebiet Rhein-Main der Wohnungsmarkt in einer katastrophalen Situation. Im Gegensatz zu einigen ländlichen Gebieten übersteigt die Nachfrage nach so-

te der Haushalte über weniger als 2000 Euro netto im Monat.

Auch die Wohnungen im Bestand sind oft nicht mehr bezahlbar. Modernisierungen führen nicht selten zu massiven Mieterhöhungen, die Mieter im schlimmsten Fall dazu zwingen, die Wohnung aufzugeben oder – wenn das nicht geht – Aufstockungsmittel bei den Ämtern zu beantragen. Ein Ende dieser Situation ist derzeit nicht in Sicht.

ARCHITEKTEN UND INGENIEURE SOLLEN BEZAHLBAREN WOHN-RAUM BAUEN

Für eine Verbesserung bedarf es vieler Schritte. Eine erste Maßnahme wäre, dafür zu sorgen, dass nicht weiterhin jährlich mehr Sozialwohnungen aus der Bindung herausfallen, als neue hinzukommen. Es muss darüber nachgedacht werden, Bindungen zu verlängern. Außerdem muss der Neubau von Sozialwohnungen noch stärker gefördert werden. Dazu gehört nicht nur die Bereitstellung von staatlichen, Landes- und kommunalen Fördermitteln, sondern auch zukünftig wieder mehr und bessere steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten zu schaffen. Auch darf die Vergabe von Grundstücken, die im öffentlichen Eigentum stehen, nicht länger nach dem Prinzip des Höchstpreises erfolgen. Hier muss sich die Liegenschaftspolitik ganz verstärkt zukünftig den Konzept-Vergaben widmen. Gleiche Effekte können bei der Bebauung privater Grundstücke über planungsrechtliche Festlegungen und städtebauliche Verträge erzielt werden. Einige Städte im Rhein-Main-Gebiet haben

bereits begonnen, Bauvorhaben nur dann zuzulassen, wenn ein bestimmter Anteil der geplanten Wohnungen sozialer Wohnraum wird. Dieser Anteil muss, um den Bestand der Sozialwohnungen wieder ansteigen zu lassen, bei mindestens 30 Prozent – eher mehr – liegen. Anzuregen ist, dass Architekten und Ingenieure, (wieder) für bezahlbaren Wohnungsneubau ertüchtigt werden. Die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften könnten die Mietsteigerung durch nur symbolische Mieterhöhungen abbremsen, die unterhalb des Mietspiegelniveaus bleiben. Zusammen mit der im vergangenen Jahr eingeführten Kappungsgrenzenverordnung, der jetzt eingeführten Mietpreisbremse und der wieder eingeführten Fehlbelegungsabgabe wird sich hierdurch mittel- und langfristig wieder mehr bezahlbarer Wohnraum schaffen und erhalten lassen. Das Problem des angespannten Wohnungsmarkts wird sich nicht kurzfristig lösen lassen, sondern uns noch viele Jahre beschäftigen.

Neben der Begrenzung der Höhe der Nettomiete ist auch darauf zu achten, dass die sogenannte „Zweite Miete“, die Betriebskosten, nicht weiter ansteigt, etwa durch Erhöhungen von Grundsteuer und anderen kommunalen Abgaben, die die städtischen Kassen füllen sollen.



EVA-MARIA WINCKELMANN IST VERBANDSDIREKTORIN DES DEUTSCHEN MIETERBUNDES HESSEN.

HESSEN SPD

KOMMENTAR BEZAHLBARER WOHN-RAUM FÜR ALLE IST DIE HERAUSFORDERUNG FÜR HESSEN

Wir brauchen mehr Sozialwohnungen und wir brauchen mehr Wohnungen gerade für mittlere und geringe Einkommensgruppen. Der Polizeibeamte in Frankfurt wie die Erzieherin in Darmstadt muss es sich leisten können, eine angemessene Wohnung zu finanzieren. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete ausgeben müssen.

Deshalb hat die SPD in ihren Forderungen an den Haushalt des Landes Hessen ein Wohnungsbauprogramm für geförderte Wohnungen aufgelegt, mit dem pro Jahr 6000 Wohnungen gebaut werden können. Dabei müssen die Förderungen als Zuschuss gezahlt werden, nicht als Darlehen. Wir wollen, dass weitere 5000 Studierendenwohnungen gebaut werden.

Neben der Schaffung von Wohnraum für alle geht es um das nachbarschaftliche Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren. Die Gründung einer „Bundesstiftung Soziale Stadt“ soll dies unterstützen. „Damit sollen zusätzlich Mittel zur Verfügung gestellt und auch private Akteure in den Städten dafür gewonnen werden, in den Stadtteilen zu investieren und für ein gelungenes Zusammenleben zu kooperieren“, sagte Siebel.

MICHAEL SIEBEL IST WOHNUNGS-BAUPOLITISCHER SPRECHER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION.

BILDNACHWEIS – AUTORENFOTO: PRIVAT

NACHGEFRAGT

1
2
3



»Sagen Sie mal,
Herr Schäfer-Gümbel...«
Drei Fragen von
Elisabeth Neugebauer

SPD-LANDTAGSFRAKTION

1 Elisabeth Neugebauer: Es kommen momentan viele Flüchtlinge nach Deutschland. Einige von ihnen ohne Ausweispapiere. Wie kann sichergestellt werden, dass es sich tatsächlich um bedrohte, hilfsbedürftige und nicht vielleicht um radikal orientierte Menschen handelt?

Thorsten Schäfer-Gümbel: Wir dürfen – gerade auch nach den schrecklichen Anschlägen von Paris – nicht die Menschen, die vor großer Not und lebensbedrohlichen Umständen aus ihrer Heimat geflohen sind und zu uns kommen, mit denen verwechseln, vor denen sie fliehen. Das gilt ganz besonders bei der Erstaufnahme. Sicherlich ist dort eine erhöhte Wachsamkeit geboten, auch damit nicht unbescholtene Menschen nach ihrer Ankunft in Deutschland von Islamisten gewonnen werden. Hier gilt: Aufklärung ist die beste Prävention. Diese Maßnahmen werden bereits ergriffen. Auch der Verfassungsschutz ist hier gefragt.

2 Neugebauer: Da für den Schulerfolg von Kindern (mit Migrationshintergrund) die familiäre Einstellung zur Bildung einen großen Faktor ausmacht, frage ich mich Folgendes: Wie wird mit dem Problem umgegangen, dass viele Frauen, die in ihrem Heimatland wenig

bis gar nicht zur Schule gegangen sind, keinen Sprachkurs besuchen können/wollen. Oftmals wird die Verhinderung zusätzlich mit dem ohnehin schon schwierigen Alltag einer Großfamilie begründet.

Schäfer-Gümbel: In der Tat ist es für die Integration der Menschen, die zu uns kommen und auch bleiben, zentral, dass sie Deutsch lernen. Hier stehen wir noch am Anfang – im Augenblick wird daran gearbeitet, sicherzustellen, dass überhaupt genügend Sprachkurse angeboten werden können. Eine Aufgabe wird sicherlich auch sein, Werte wie Gleichberechtigung, die in unserer Gesellschaft einen hohen Stellenwert genießen, zu vermitteln. Das alles gehört zum großen Thema Integration. Deshalb ist es auch so wichtig, die zuständigen Kommunen dafür entsprechend auszustatten, gerade auch finanziell.

3 Neugebauer: Immer mehr Menschen aus unserer Bevölkerung vertreten rechtsradikale Werte und Ansichten. Selbst diejenigen, die nicht offensichtlich rechtsradikal eingestellt sind. Diese Entwicklung nimmt insbesondere in unserer Zeit von Social Media eine enorme Breite an. Welche Präventionsmaßnahmen werden eingesetzt, um den Anhängerzuwachs zu stoppen und was wird dafür getan, um ein

Umdenken bei diesen Menschen zu bewirken?

Schäfer-Gümbel: Die Antwort heißt: Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung, um die Hürden zwischen denen, die hier leben, und denen, die zu uns kommen, abzubauen. Solange das Fremde fremd ist, kann es auf Menschen bedrohlich wirken. Dem müssen wir entgegenwirken und Menschen zusammenbringen, damit sie auch zusammenhalten und denen, die weiterhin ihre populistischen und falschen Parolen verbreiten und versuchen Angst zu schüren, die Stirn bieten. Heute geht es darum, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhalten und Haltung zu zeigen. Ganz klar ist: Keine Toleranz gegenüber Rechtspopulisten, Rechtsextremen und anderen Volksverhetzern!



Elisabeth Neugebauer (24) ist Lehramtsstudentin und leistet freiwillig Hilfe vor der

Hessischen Erstaufnahme HEAE.

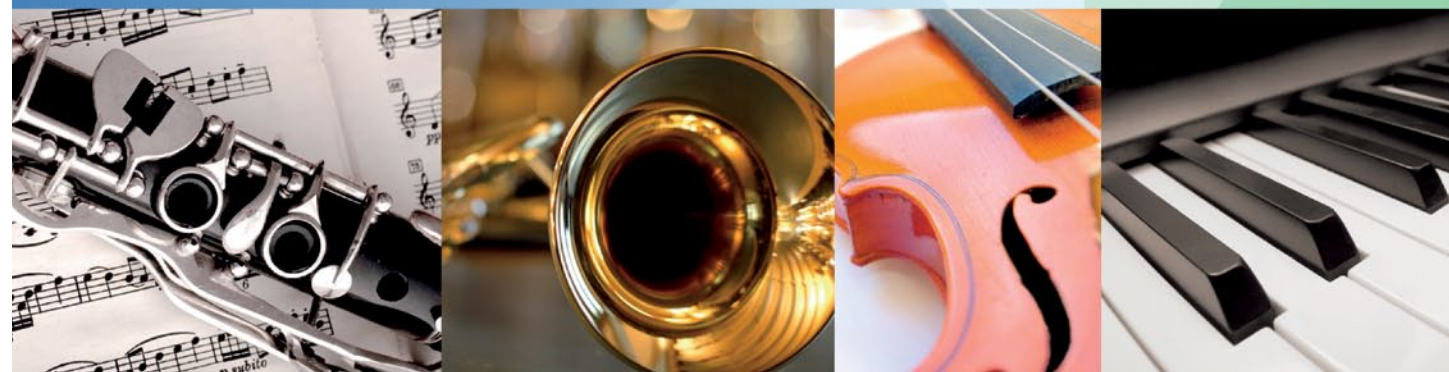
Wollten Sie von Thorsten Schäfer-Gümbel auch schon immer etwas wissen? Bitte senden Sie Ihre drei kurzen Fragen an:

SPD-LANDESVERBAND HESSEN,
REDAKTION „ZUKUNFT HESSEN“,
RHEINSTRASSE 22, 65185 WIESBADEN

BILDNACHWEIS SCHÄFER-GÜMBEL – SPD-LANDTAGSFRAKTION / BILDNACHWEIS POST-IT – DIRK SCHUMANN, FOTOLIA.COM / BILDNACHWEIS ELISABETH NEUGEBAUER – PRIVAT

Rheingau
Musik
Festival

LOTTO-Förderpreis des Rheingau Musik Festivals



LOTTO Hessen fördert in jeder Spielsaison
ein Nachwuchstalent des Rheingau Musik
Festivals mit 15.000 Euro.

„Das Rheingau Musik Festival
lebt von der Vielfalt und den
immer neuen Talenten.
Wir wollen ihnen den Weg
an die Spitze erleichtern.“

Dr. Heinz-Georg Sundermann,
Geschäftsführer LOTTO Hessen



LOTTO
hilft
HESSEN

LOTTO
Hessen

f lottohessen
www.lotto-hessen.de

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

SPD-Landesverband Hessen, Rheinstraße 22,
65185 Wiesbaden, Tel.: 0611 999 77-0,
Fax: 0611 999 77-11 und

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag,
Schlossplatz 1–3, 65183 Wiesbaden,
Tel.: 0611 350-519, Fax: 0611 350-511

V.I.S.D.P. Generalsekretärin Nancy Faeser, MdL

ANZEIGEN: Michael Blum, Tel.: 0611 999 77-13



TITEL&LAYOUT: STUBE text&design,
www.stube-td.de

DRUCK: Kreisdruck Wiesbaden GmbH,
Schultheißstraße 15, 65191 Wiesbaden

REDAKTION:

Katja Apelt (verantwortlich), Hiltrud Wall, Ayse Akdag, Clemens von Dressler, Michael Blum, Dr. Wilfried Lamparter, Gert-Uwe Mende

BILDER: Titel: Fotolia / Marco2811

Alle Fotos ohne eigene Quellenangabe: Archiv der SPD Hessen oder der SPD-Landtagsfraktion

DAS GEWINNSPIEL

SPD-LANDESVERBAND

GEWINNEN SIE MIT ETWAS GLÜCK EINEN TAG IM HESSISCHEN LANDTAG MIT THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL!

Dazu beantworten Sie einfach die folgende Frage und senden uns diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an den SPD-Landesverband Hessen, Kennwort: Gewinnspiel, Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden. Alternativ können Sie uns Ihre Antwort mit Ihren Kontaktdaten als E-Mail an quiz@spd-hessen.de schicken.

Wie viele Flüchtlinge kommen als Familien zu uns?

[A] 50 Prozent

[B] 60 Prozent

[C] 80 Prozent

Nachname, Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Ort

Mail

Alle richtigen Antworten nehmen an der Verlosung teil. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Benachrichtigung des Gewinners erfolgt auf dem Postweg.

[] ja, ich möchte auch in Zukunft von der HessenSPD informiert werden, bitte setzen Sie sich mit mir unter den angegebenen Daten in Verbindung.